



Wohnungsbau

Haag: Razavis Vorschläge sind durchschaubares Wahlkampfmanöver

Frau Razavi sollte vor der eigenen Haustür kehren und sich für die Absenkung der Grunderwerbssteuer stark machen.

Der wohnungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Friedrich Haag**, erklärt zur Meldung, dass Ministerin Razavi Steueranreize für die Schaffung von Wohnraum einführen will:

„Anstatt komplizierte Freibetragsregelungen auf Bundesebene zu fordern, sollte die Landesregierung endlich die Grunderwerbsteuer senken. Dies würde allen Immobilienkäufern unmittelbar zugutekommen und den Erwerb von Wohneigentum deutlich erleichtern. Die wahren Hindernisse für den Wohnungsbau in Baden-Württemberg sind die ausufernde Bürokratie und überzogene Auflagen. Statt neue Forderung auf Bundesebene zu stellen, sollte die Landesregierung endlich die Axt an unsinnige Vorschriften legen. Die Abschaffung der PV-Pflicht wäre ein erster wichtiger Schritt, um Bauen wieder attraktiver und günstiger zu machen.“

Razavis Fokus auf die ‚breite Mittelschicht‘ ist grundsätzlich zu begrüßen, kommt aber viel zu spät. Jahrelang hat die Landesregierung zugesehen, wie immer mehr Menschen aus dem Traum vom Eigenheim herausgedrängt wurden. Die nun vorgeschlagenen Maßnahmen kommen zu spät, vor allem lassen Sie aus, dass unter Grüner Führung Bauen in den letzten Jahren extrem verteuert wurde. Statt echter Reformen präsentiert Razavi ein Sammelsurium an Einzelmaßnahmen, für die sie nicht zuständig ist. Das ist ein durchschaubares Wahlkampfmanöver. Baden-Württemberg braucht einen radikalen Kurswechsel in der Wohnungsbaupolitik - dafür fehlt der Landesregierung offensichtlich der Mut.“